POSITIONSPAPIER

Gemeinsame Sitzung des Landesvorstands der Senioren-Union der CDU Baden-Württemberg und der Senioren-Union der CSU am 16.11.2016 in Ulm

THEMEN

1. Rente
2. Familie
3. Flucht/Migration
4. Innere Sicherheit
5. Wohnungsbau

1. RENTE

Im Bewusstsein, dass die gesetzliche Rente für die Mehrzahl der Rentnerinnen und Rentner in unserem Land die Haupteinkommensquelle im Alter ist, setzen wir uns für deren Stärkung ein. Wir fordern, dass das Rentenniveau auch nach 2030 nicht unter 43 Prozent sinken darf – es muss im Gegenteil steigen. Das Niveau der gesetzlichen Rente darf nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Produktivitätsfortschritt abgekoppelt bleiben. Dies führt zu einem weiteren Kaufkraftverlust der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland. Anschaulich wird es, wenn man den Anteil der Renten am BIP betrachtet: trotz steigender Anzahl an Rentenempfängern sank der Anteil der Renten am BIP in den letzten Jahren.

Um einen gerechten Ausgleich zwischen Jung und Alt zu gewährleisten und die junge Generation nicht über Gebühr zu belasten, fordern wir eine stärkere Beteiligung der Arbeitgeber an der Finanzierung des Rentensystems – vergleichbar mit unserem Nachbarland Österreich.

Dazu komplementär unterstützen wir als weitere Säule die private Vorsorge, wenn sie einfacher, kostengünstiger und transparenter gestaltet ist. Zudem ist eine Dynamisierung der Förderung angezeigt. Um Anreize auch für Geringverdiener zu schaffen, fordern wir einen Freibetrag der privaten Vorsorge auf die Grundsicherung im Alter. Sind diese Kriterien nicht erfüllt, ist eine weitere Förderung der privaten Altersvorsorge nicht anzustreben.

Wir bekennen uns außerdem zum Prinzip der Beitragsäquivalenz. Jeder Beitrag muss auch in Zukunft gleich viel wert sein. Um das System der gesetzlichen Rente nachhaltig stabil zu halten, ist es unabdingbar, versicherungsfremde Leistungen konsequent durch Steuerzuschüsse auszugleichen.

2. FAMILIE

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Ihre Leistung für die Gesellschaft verdient unsere Achtung und die Anerkennung aller. Durch eine ganzheitliche Familienpolitik, die alle Felder der Politik einbezieht, ist sicherzustellen, dass Familien unabhängig ihrer Nationalität und Religion in einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft und Arbeitswelt leben können. Da Familien in verschiedenen Phasen unterschiedlichen Bedarf anmelden, ist hierbei ein ganzheitlicher Ansatz erforderlich. Der Staat hat durch entsprechende familienpolitische Leistungen Ehe und Familie zu unterstützen. Wir setzen uns daher für einen Erhalt des Ehegattensplittings ein. Komplementär dazu kann dies um unterschiedliche Komponenten der Familienförderung erweitert werden.

Für die in aller Regel von Frauen erbrachte Erziehungsleistung fordern wir einen gerechten Ausgleich („Mütterrente"). Die aktuell bestehende Gerechtigkeitslücke gilt es zu schließen.

Wir sind der Überzeugung, dass Eltern die Wahlfreiheit haben sollten, ob bzw. in welchem Umfang sie Berufs- und Familientätigkeit miteinander verbinden möchten. Durch geeignete Rahmenbedingungen soll der Staat die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen oder die Betreuung der Kinder zuhause durch die Eltern gleichwertig unterstützen.

3. FLUCHT/MIGRATION

Unsere Gesellschaft gründet auf christlichen Werten. Deshalb können wirklich Schutzbedürftige bei uns immer auf Hilfe zählen. Deutschland hat bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ein beachtenswertes Beispiel von Humanität gegeben. Der größte Akt der Humanität ist eine wirkungsvolle Fluchtursachenbekämpfung. Damit wir Schutzbedürftigen auch weiterhin helfen können, muss die Fluchtursachenbekämpfung vorrangiges Ziel der Politik werden. Deutsche Entwicklungshilfe geht auch hier voran und setzt mit Bundesminister Dr. Gerd Müller richtige Signale in Regionen des Nahen und Mittleren Ostens ebenso wie in Afrika.

Asyl und Flüchtlingsschutz sind humanitäre Hilfe auf Zeit. Wenn der Schutzgrund wegfällt, Gastrecht missbraucht wird, muss die Rückführung in das Herkunftsland unverzüglich erfolgen. Wir wollen keine Zuwanderung, die uns überfordert oder unsere Sozialsysteme über Gebühr belastet.

Keine Gemeinschaft kann Menschen anderer kultureller Prägung in beliebiger Zahl integrieren. Wir haben eine geteilte Verantwortung: Gegenüber der heimischen Bevölkerung und jenen, die zu uns kommen. Zuwanderung muss immer die Interessen und die Aufnahmefähigkeit unseres Landes berücksichtigen.

In Deutschland gilt ausnahmslos deutsches Recht. Wir lassen nicht zu, dass unter dem Deckmantel der „Kultursensibilität" eine Aufweichung unserer Rechtsordnung betrieben wird. Gleichberechtigung muss für alle gelten. Sie ist ein zentraler Wert in unserem christlichen Kulturkreis. Eine Aushöhlung dieses Rechts durch Zuwanderer dulden wir nicht.

4. INNERE SICHERHEIT

CDU und CSU sind die Parteien der Inneren Sicherheit. Niemand kann der Bevölkerung absolute Sicherheit garantieren. Die Union wird aber alles Menschenmögliche für umfassenden Schutz der Bevölkerung tun. Wir setzen alles daran, unsere Sicherheitslage weiter zu verbessern – durch eine optimale Ausstattung unserer Behörden mit Personal und Technik und durch schärfere Gesetze. Wir fordern eine deutliche Erhöhung des Personals bei Bundes- und Landespolizei. Um Sicherheit bestmöglich gewährleisten zu können, müssen unsere Einsatzkräfte vor Ort präsent sein.

Der Staat muss klare Kante gegen Kriminalität zeigen. Straftaten dürfen auf keinen Fall toleriert, sondern müssen konsequent erfasst, verfolgt und geahndet werden. Eine noch stärkere Zentralstelle Cybercrime bei der Strafjustiz und zusätzliche Internetpolizisten sollen Internet- und Computerkriminalität bekämpfen. Das dient besonders dem Schutz unserer Kinder und verhindert rechtsfreie Räume im Internet.

Wir lassen Radikalisierung von Anfang an keine Chance. Unsere freie, offene Gesellschaft darf keine Radikalisierung dulden – sei es durch Salafisten, Islamisten, Linksextreme oder Rechtsextreme. Ein Frühwarnsystem muss Radikalisierungstendenzen frühzeitig aufdecken und dagegen vorgehen. Es muss ein Zeichen gesetzt werden gegen das Auftreten von Radikalisierung in der Öffentlichkeit.

Verkehrsdatenspeicherung gegen Kriminelle und Terroristen ausweiten. Digitale Spuren sollen sechs Monate gespeichert werden. Die derzeitige Frist von zehn Wochen ist nicht praxistauglich und hemmt komplexe Ermittlungen. Anbieter von E-Mail-Diensten und Betreiber Sozialer Medien sollen verpflichtet werden, Verkehrsdaten zu speichern. Bei Verdacht auf Terrorismusfinanzierung müssen digitale Spuren genutzt werden können. Auch im Bund und anderen Ländern muss der Verfassungsschutz befugt werden, Vorratsdaten zu nutzen.

Werbung für Terror und Gewalt muss bestraft werden. Werbung für terroristische und kriminelle Vereinigungen ist Werbung für Terror und Gewalt. Es muss schon im Ansatz verhindert werden, dass Menschen durch terroristische Aktivitäten zu Schaden kommen. Dazu muss die Sympathiewerbung wieder unter Strafe gestellt werden. Terroristischen Vereinigungen muss schneller der Geldhahn zugedreht werden können, Vermögenseinziehungen müssen erleichtert werden.

5. WOHNUNGSBAU

Knapper werdender Wohnraum und steigende Mieten, auch im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingssituation, stellen besonders ältere Menschen vor große Schwierigkeitten. Vor diesem Hintergrund fordert die Senioren-Union den Wohnungsbau, insbesondere den sozialen, massiv auszubauen.

Daneben muss altersgerechtes Bauen besonders gefördert werden. Auch flexibel nutzbarer, veränderbarer Wohnungsbau muss zusätzliche Impulse erfahren. Am besten weist man (junge) Bauwillige heute schon auf Notwendigkeiten und Anforderungen in einem Wohngebäude hin, an die sie altersbedingt noch nicht denken. Barrierefreie Wohnungen sind nicht nur für Senioren oftmals absolut unabdingbar, sondern auch für Familien von großem Nutzen. Wir fordern daher bei Neubauten die Anzahl barrierefreie Wohnungen massiv zu erhöhen.

Es ist auch nötig, dass der Wohnungsmarkt familienfreundlicher wird und auch Familien mit mehreren Kindern Zugang zu bezahlbarem und adäquaten Wohnraum haben. Der soziale Wohnungsbau ist dabei eine wichtige Aufgabe des Staates. Eine Konkurrenz zwischen Familien und Zuwanderern auf diesem Gebiet muss dringlich vermieden werden.

Ein geeignetes Instrument, um dem Wohnungsneubau neue Impulse zu verschaffen ist, die Möglichkeit der linearen Abschreibung auf mindestens vier Prozent zu erhöhen. Ebenfalls gilt es, Bürokratie in diesem Bereich abzubauen und nicht durch neue Verordnungen – v.a. auf dem Bereich der Energiesparverordnung – Neubau zu bremsen.

Wir fordern dringend eine Reform der von Deutschland umgesetzten Immobilienkreditrichtlinie. Das deutsche Gesetz trifft nicht nur viele Rentner und Pensionäre, sondern auch Durchschnittsverdiener, die in schuldenfreien, aber in die Jahre gekommenen Wohnimmobilien sitzen oder sie zu bauen gedenken. Es wird mit der aktuellen Regelung schwer bis unmöglich für sie, einen Kredit (für Sanierung oder Instandhaltung) zu bekommen.